

Presseinformation

259/10

Kiel, 08. September 2010

DIE LINKE begrüßt erfolgreichen Bündnisauftakt „Gerecht geht anders – Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Kiel. DIE LINKE Landtagsfraktion und DIE LINKE Schleswig-Holstein beteiligen sich am Bündnis „Gerecht geht anders – Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Gemeinsam wollen DIE LINKE, Attac, Gewerkschaften, Fraueninitiativen und andere die Protestwelle gegen die unsozialen Sparpläne der schwarz-gelben Übergangsregierung am Rollen halten. Am 18. November plant das Bündnis eine Großdemo.

„Die schwarz-gelbe Übergangsregierung lässt mit ihren Kürzungsplänen die sozial Schwachen, die Kinder, Frauen und Minderheiten die Suppe auslöffeln, die ihnen Banken, Wirtschaft und die falsche Politik eingebrockt haben“, sagte Björn Radke, Landessprecher der LINKEN Schleswig-Holstein. „Wir wollen nicht nur einzelne Teile aus dem brutalen Kürzungspaket herausbrechen; das gesamte Paket muss samt seinen Verursachern zu Fall gebracht werden. Die Protestwelle wird anhalten, dafür werden wir mit der Unterstützung der Menschen in Schleswig-Holstein sorgen. Gemeinsam kämpfen wir für eine solidarische und ökologische Form des Wirtschaftens und Lebens.“

DIE LINKE Landtagsfraktion begrüßt die Demonstrierenden am Ende ihrer Route vor dem Landeshaus mit Kaffee.

„Heute sind 3.000 Menschen auf die Straße gegangen, um für den Erhalt sozialer Errungenschaften zu kämpfen. Im November wird es eine Großdemo geben, die der vom Juni mit 20.000 Menschen in nichts nachstehen wird. Während die Menschen durch Wind und Kälte marschieren, vergießt der Übergangs-Ministerpräsident im Parlament Krokodilstränen“, sagte Heinz-Werner Jezewski, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag. „Wenn er etwas verstanden hätte, dann würde er seinen wahnwitzigen Pseudo-Sparpläne einmotten und seinen Hut nehmen. Stattdessen verlässt er demnächst das Schiff, dessen Planken er aber vorsorglich noch durchlöchert.“

DIE LINKE begleitet die Protestwelle bis in den November hinein und wird die Forderungen der Bündnispartner in ihrer parlamentarischen Arbeit umsetzen.